

Notizen aus dem Hauptpersonalrat

04.05.2018

Überholen ohne einzuholen - warum der nächste Besoldungsanpassungstermin der 01.01.2019 sein muss

Der Koalitionsausschuss hat am 02.05.2018 getagt und hinterher verkündet der Regierende Bürgermeister in den Medien, die Anpassungsschritte bei der Beamtenbesoldung würden auf den Beginn des Jahres vorgezogen. Übersetzt heißt das: auf den 01.01. eines Jahres.

Der Hauptpersonalrat hat dieses Datum schon lange gefordert. Wir haben unsere "politische" Lobbyarbeit in den vergangenen Monaten noch weiter verstärkt und mit all unseren Gesprächspartnerinnen und -Partnern auf allen Ebenen (Senatsmitglieder, Abgeordnetenhausfraktionen und einzelne Abgeordnete, Verwaltungsspitzen) intensiviert. Wir nehmen also für uns in Anspruch, dass der Erkenntnisgewinn bei der Koalition, der 01.01. sei das richtige Datum für Besoldungserhöhungen in Berlin, auch auf unsere Beharrlichkeit und Argumente zurückzuführen ist.

Wir hoffen nun, dass alle Politikerinnen und Politiker der Regierungskoalition, vom Regierenden Bürgermeister, über den Personal- und Finanzsenator bis hin zu den einzelnen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus hier aufmerksam weiterlesen:

Liebe Regierung, hört auf uns und macht endlich Nägel mit Köpfen! Wenn der 01.01. von euch als das richtige Datum für die Besoldungserhöhung erkannt wurde, warum dann nicht sofort umsetzen?

Richtiges zu tun, heißt rechtens zu tun und Recht ist Teil von Gerechtigkeit. Wir müssen hier nicht die Geschichte der Beamtenbesoldung in Berlin in den Jahren ab 2003 aufrollen, das macht nur schlechte Laune. Liebe Regierungskoalition: erhöht die Beamtenbesoldung ab 2019 zum 01.01. jedes Jahr, dann könnt ihr und können wir (endlich) hinter dieser Frage einen Haken machen, weil sie dann gelöst ist.

Es sind noch viele Fragen in Zusammenhang mit der Beamtenbesoldung offen, dass auch mal ein Problem vom Tisch muss.

Ungelöste Fragen, die wir sehen:

1) In 2017 war der 01.08. das Datum der Besoldungserhöhung. Dieses Datum war nie vermittelbar und blieb auch nie durch uns unwidersprochen. Wir erwarten daher ganz klar eine Nachbesserung für 2017, soll heißen, ein rückwirkendes Vorziehen der Besoldungserhöhung um zwei Monate. Nach unserer Berechnung ist für den mittleren

und einfachen Dienst in 2017 kein Boden gut gemacht worden, im Gegenteil. Wenn Vertrauen wiedergewonnen werden will, muss hier nachgelegt werden.

2) Erschwerniszulagen sind, wie beim Bund an die neuen Arbeitszeitmodelle anzupassen und deutlich zu erhöhen. Die Feuerwehrezulage und die Polizeizulage müssen nicht nur erhöht werden, sondern sie sind auch zu dynamisieren (also künftig entsprechend der Besoldungsanpassungen mit zu erhöhen). Die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulagen darf kein Tabuthema mehr sein.

3) Die Beamtenbesoldung ist vom Bundesverwaltungsgericht als verfassungswidrig zu gering eingestuft worden. Es geht nicht an, dass die Regierungskoalition darüber mit einem Schulterzucken hinweggeht.

Abschließend:

über 2 Milliarden Haushaltsüberschüsse für 2017.

Geld ist nicht das Problem.

Schulden sind nicht das Problem. Es wurde rund eine Milliarde getilgt, in der Koalitionsvereinbarung waren pro Jahr 80 Millionen geplant. Die Tilgung zweier Legislaturperioden ist also vorgezogen worden.

Liebe Regierungskoalition:

Hört auf uns. Seid mutig und entscheidet richtig.

Für den Hauptpersonalrat

Daniela Ortmann

Vorsitzende des Hauptpersonalrates

daniela.ortmann@hpr.berlin.de